

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werksfähigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 48, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 48
Leipzig, Nr. 118.

Die Anzeigengebühren betragen für die sechsgehaltene Beilage oder deren Raum 25 Pf., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 118.

Dienstag, den 22. Mai 1917.

24. Jahrg.

Zum deutschen Frieden.

Draußen wie drinnen, wo zur Sorge um das Schicksal der Angehörigen und Freunde draußen auch noch die Sorge ums tägliche Brot sich gesellt, stehen wir unter dem Druck dieses endlosen Krieges. Zu viele der Opfer sind schon dahingerafft, zu oft ist schon die Hoffnung auf nahen Frieden enttäuscht worden, als daß sie den immer erneuten Prüfungen gegenüber noch mit unverminderter Frische sich erhalten könnte. Da bleibt als einziger Impuls zum Ausstehen nur noch das starre Gebot der Pflicht, der kategorische Imperativ, dessen Erfüllung mit Recht als moralische Grundlage aller deutschen Erfolge in diesem Kriege gefeiert worden ist. Aber dieser kategorische Imperativ, der nicht nur ein Gebot der einfachen Pflichterfüllung, sondern zugleich ein Vernunftgebot ist, kann seine Kraft nur so lange bewahren, als ihm auch wirklich Vernunft innewohnt.

Das wird vollkommen außer acht gelassen von den Leuten, die jetzt wieder unserem Volke die Notwendigkeit eines „deutschen Friedens“ einreden wollen. Ihr Bestreben geht offensichtlich darauf aus, die Friedensmöglichkeiten, die sich aus der gegenwärtigen Kriegslage und aus der politischen Neugestaltung Rußlands ergeben könnten, zu zerstören und Kriegsziele aufzustellen, die genau so verbindend sind wie die des feindlichen Verbandes. Um so unverantwortlicher ist es, wenn sie dabei den deutschen Namen mißbrauchen. Und es hieße ihr Treiben unterstützen, wenn wir, deren Kriegsziel in erster Linie durchaus nichts anderes als das Beibehalten des eigenen Landes bezweckt, sie bei diesem Mißbrauch ungestört ließen. Vor allem darf ihr Verstoß, einen Zwiespalt zwischen Heer und Volk zu entfachen, keinen Erfolg haben. Beide sind jetzt so aufeinander angewiesen, beide sind auch in gleicher Weise von dem Wunsche besetzt, den Krieg so früh als nur irgend möglich zu beendigen, daß Klarheit darüber, ob wir einen deutschen Frieden im vernünftigen Sinne bald haben können, wie eine Erlösung erwartet wird.

Der Wille, diese Klarheit zu gewinnen, hat unsere Vertreter im Reichstage geleitet, als sie, herausgefordert durch die konservative Kriegsziel-Interpellation, auch ihrerseits die Forderung an die Regierung erneuerten, sich über die Friedensfrage klar zu äußern. Daß der Reichskanzler sich daraufhin bereitfinden würde, aus der von ihm bisher beobachteten Zurückhaltung herauszutreten, war nicht zu erwarten, und die Klärung der Friedensfrage ist darum auch diesmal ausgeblieben. Aber wir sind ihr doch um einen Schritt näher gekommen, und es gilt nun, jeder neuen Ableitung vorzugehen. Die Wortführer jener Richtung, die für ihre Kriegsziele die Bezeichnung „deutscher Frieden“ in Anspruch nimmt, haben es nicht gewagt, offen als Eroberungspolitik aufzutreten. Sie haben also selbst Scheu vor dem Worte: Eroberungen, und üben sich nun nach der Art ihrer französischen und englischen Gesinnungsgenossen in Redewendungen, die den klaren Sinn ihrer Absichten verdunkeln sollen. Das ist Heuchelei von genau derselben Sorte, wie wir sie während des Krieges aus dem feindlichen Auslande bis zum Ueberdruß gehört haben. Französische Anexionisten verlangen Fortsetzung des Krieges, bis mindestens Elaf-Notbringen von Deutschland herausgegeben wird und behaupten, das sei keine Eroberung. Englische Anexionisten versteifen sich darauf, daß Deutschland nichts von seinen Kolonien wiederbekommen darf und nennen das keine Eroberung. Und unsere deutschen Anexionisten verlangen Machtzuwachs, Gebietserweiterungen, Siedlungsland und sagen, das alles bedente keine Eroberung, sondern nur einen „deutschen Frieden“. Durch solche Begriffsverwirrung wird nicht nur jede Verständigung über die Friedensmöglichkeiten zwischen den Völkern, sondern auch innerhalb des eigenen Volkes unmöglich gemacht.

Deutsch reden heißt im Munde unseres Volkes ebensowenig, wie mit offener Zunge Deutlichkeit reden. Jede Zweideutigkeit soll dabei ausgeschlossen sein. Das muß auch von unserer Friedensbereitschaft gelten. Den Diplomaten ist diese Sprache verlagert. Sie brauchen nach einem bekannnten Ausspruch die Worte nur, um ihre Gedanken zu verbergen. Darum halten wir dafür, daß im gegenwärtigen Moment das erlösende Wort gar nicht aus dem Munde des Reichskanzlers oder irgendeines anderen Staatsmannes kommen kann. Was im Parlament oder durch offizielle Zeitungen in die Welt hinausgesprochen wird, verweht in der eisenhaltigen Luft, die draußen herrscht. Die Heeresleitung, die das entscheidende Zeichen gab, als der Krieg unabwendbar geworden war, wird daher auch den entscheidenden Schritt unternehmen müssen, sobald der Friede zu erreichen sein wird. Auf ihr ruht alle Verantwortung für den Ausgang wie für den Ausgang des Krieges, und sie verfügt über die Macht, die dieser Verantwortung entspricht. Ihr steht auch jederzeit der nächste Weg zum Frieden offen. Das ist der Weg, der unter dem Zeichen der weißen Flagge geradezu vom deutschen ins russische Hauptquartier führt. Wenn dieser Weg bis heute nicht beschritten worden ist, so kann es nur daran liegen, daß weder klar zu erkennen war, ob draußen im Osten wirklich jede böse Absicht gegen Deutschland geschwun-

den ist, noch wo die Stelle liegt, die zurzeit in Rußland über Krieg oder Frieden entscheidet.

Wer würde, wenn erst Klarheit darüber gewonnen ist, es auf deutscher Seite noch wagen, einen Frieden ohne gegenseitige Verabreichung mit dem östlichen Nachbarreiche abzuwehren? Daß die Diplomatie der Westmächte das Neueste anbietet, ihn zu vereteln, wissen wir. Eben darum gilt es, ihre Ränke mit Entschlossenheit, unter Ausnutzung des rechten Augenblickes, zu durchkreuzen.

Das Erreulichste an der Antwort des Reichskanzlers auf die Kriegszielanfragen war daher, daß er sich bei seiner Abgabe an die jeden raschen Friedensschluß verhindernde Anneziionspolitik auf das vollkommene Einverständnis mit der obersten Heeresleitung berufen konnte. Das Gegenteil, das die Leute vom „Ausbruch für einen deutschen Frieden“ gern konstruieren möchten, würde nicht nur zu einer unabsehbaren Verlängerung des Krieges führen, sondern uns, selbst wenn die Niederzwingung aller unserer Feinde möglich wäre, einen Frieden bringen, der im Widerspruch stünde mit allem, was die Geschichte Deutschlands lehrt.

Nicht Scheidemann oder ein anderer Sozialdemokrat, nicht Bethmann Hollweg oder ein anderer Diplomat, sondern Heinrich v. Treitschke, der doch gerade von alldeutscher Seite hochgeschätzte Historiker war es, der in seinem „Anfang der neuen deutschen Geschichte“ schrieb:

„In einer Zerstörung ohne gleichen geht das alte Deutschland zugrunde. Die einst nach der Welt herrschend getrachtet, werden durch die unerbarmherzige Gerechtigkeit der Geschichte dem Ausland unter die Füße geworfen.“

Und in Friedrich Schillers „Geschichte des dreißigjährigen Krieges“ läßt sich heute noch mit Nutzen nachlesen, wie durch die Schuld eines deutschen Kaisers, der nicht zu rechter Zeit dem Blutergießen durch schleunigen Friedensschluß Einhalt zu bieten verstand, die

fürchterlichste Katastrophe über Deutschland heraufbeschworen wurde.

Das sind die Lehren aus deutscher Vergangenheit. Nur Verblendete können sie mißachten oder gar versuchen, sie zugunsten einer Politik amzubenten, die trotz aller Ablenkung von Eroberungsplänen, wie wir sie eben wieder aus konservativen Reichstagsreden vernommen haben, doch nur darauf gerichtet ist, daß wir uns die Herrschaft über fremde Landesteile, mindestens aber die Einmischung in die Geschicke fremder Völker zum Kriegsziel setzen sollen. Es ist gut deutsche Art, wenn wir das nicht tun, sondern uns mit dem Ziele der Sicherung unserer nationalen Selbständigkeit und Entwicklungsfreiheit begnügen, das unter Zustimmung der weit überwiegenden Volksmehrheit auch von der obersten Heeresleitung proklamiert worden ist. Was aber die Frage der Kriegsschädigungen betrifft, so ahnen die Leute, die darnach jähren, wohl gar nicht, welche Schädigung es allein schon für uns bedeutet, daß der Krieg nicht in unserem Lande ausgefochten wurde. Oder sie verschließen die Augen bewußt vor dieser Tatsache, und erweilen damit der Tapferkeit des deutschen Heeres wahrhaftig keine Ehre.

„Daß Deutschland stark und einig sei,
„Das ist auch unser Dürsten.“

In dieser Losung Treitschkes hatten wir fest, aber für Scheingröße, die nur durch Verbluten des eigenen Volkes bis zur Ohnmacht erreicht werden kann, wollen wir nicht kämpfen. Wer es danach gelüftet, der soll zuerst einmal hinaus in die Schützengräben gehen. Er wird dort erfahren, daß auch die vielberufenen Feldgrauen unter einem deutschen Frieden nichts anderes verstehen, als baldige friedliche Heimkehr in ein gegen feindlichen Ueberfall geschütztes Vaterland, das diesen Namen für jeden seiner Bewohner verdient.

Zwei sonderbare Erklärungen.

Während die gestern von uns veröffentlichte Erklärung der provisorischen Regierung in ihren Grundzügen als ein weiterer Schritt zur Herbeiführung eines baldigen Friedens bezeichnet werden konnte, liegen heute zwei Aeußerungen des Ministerpräsidenten, Fürsten Lwow, und des neuen russischen Ministers der Aeußeren, Teretschenko, vor, die — mitleid ausgedrückt — als recht sonderbar bezeichnet werden müssen. Beide sprechen sich für die Fortführung des Krieges aus. Das ist um so eigenartiger, als durch die Bildung eines Koalitionsministeriums der direkte Einfluß der russischen Sozialdemokratie auf die Regierung doch zweifellos ein größerer geworden sein sollte. Hier liegt noch manches im Dunkel.

Wir glauben nicht, daß sich der russische Arbeiter- und Soldatenrat, der für die rasche Beendigung des Krieges gewirkt hat und zweifellos noch weiter wirkt, und die russischen Volksmassen mit dem Programm insbesondere Lwows, der „zur Vertreibung des Feindes, der auf unserem Boden steht“, auffordert, einverstanden erklären werden. Ihr Streben ist dahin gerichtet, baldmöglichst zum Frieden zu kommen und sie werden, dessen sind wir sicher, dieses Ziel mit allen Mitteln zu erreichen versuchen.

Nach der Petersb. Telegr.-Agent. machte Ministerpräsident Fürst Lwow den Vertretern der Presse folgende Erklärungen: Als die vorläufige Regierung gebildet wurde, lehnten die sozialistischen Parteien den Eintritt in diese ab, indem sie erklärten, das Programm der Regierung zu billigen und sie zu unterstützen. Diese Parteien gründeten ihr eigenes Organ, nämlich den Arbeiter- und Soldatenrat, der die Arbeit der Regierung kontrollieren und sie mit seinem ganzen Ansehen bei der Durchführung des von der vorläufigen Regierung verkündeten Programms unterstützen sollte. Indessen nahm dieses Kontrollorgan mehr und mehr den Charakter eines Verwaltungsorgans an und die vorläufige Regierung sah sich Anweisungen gegenüber, die sie nicht erlassen hatte. Die Folgen dieser Politik machten sich alsbald fühlbar. In der Tat ist die Kampfkraft des Heeres bis an den Rand des Abgrundes und überall wurden Anzeichen von Anarchie bemerkt. Gleichzeitig blühten unsere Bundesgenossen heunruhigt auf uns, während unsere Feinde uns einen Blick unverhüllter Schadenfreude zuwerfen und schon haben neulich uns unsere Gegner grausam beleidigt, indem sie auf die Möglichkeit eines Sonderfriedens anspielten. Heute erwartet eine neu zusammengesetzte und durch das Vertrauen des Volkes starkte Regierung, daß alle ihre Handlungen vollständig gebilligt und ausgeführt werden, sowie daß allen ihren Anweisungen, wie denen ihrer Vertreter getreulich gehorcht werde. Die neue Regierung hat eine große, allgemeine Aufgabe vor sich: so schnell wie möglich das in Unordnung geratene Leben des Landes wieder aufzubauen. Die Regierung betrachtet als ihre erste Aufgabe die Erhaltung der bewaffneten Macht, die ein

Höchstaß an Kampfkraft besitzen muß, sowohl zur Verteidigung des Landes und zur Bewahrung der Errungenschaften der Revolution, wie zur Vertreibung des Feindes, der auf unserem Boden steht, und besonders zur tätigen Unterstützung unserer Bundesgenossen. Das Land weiß, daß die Kampfkraft unseres Heeres gesunken ist. Das kommt nicht nur von der langen Versorgung mit Munition, Lebensmitteln und Futter, sondern auch von der falschen Auslegung der Kriegsziele. Die Regierung hielt es daher für ihre Pflicht, klar und endgültig zu erklären, daß sie offen den Abschluß eines schnellen Friedens erstrebt. Aber, indem sie von einem Frieden ohne Annexionen und Kriegsschädigungen sprach, erklärt die Regierung, daß es sich nicht um passive Verteidigung handelt. Das freie Rußland wird niemals dulden, die Gebiete unter dem Joch des deutschen Militarismus zu belassen, die infolge der verbrecherischen Nachlässigkeit der alten Regierungsform gegenüber den Interessen des Vaterlandes und des Heeres aufgegeben wurden, während es das Bündnis mit den großen westlichen Demokratien hochschätzte, die die Grenzen des deutschen Einflusses erlebten und die immer noch unter dem schweren Tritt des Siegers leiden kann. Das russische Volk darf hinsichtlich des Schicksals Belgiens, Serbiens und Rumaniens nicht gleichgültig bleiben und nicht seine Pflicht ihnen gegenüber vergessen. Ich kann mir nicht vorstellen, wie man den Gedanken zulassen kann, daß viele Millionen freier belgischer und französischer Bürger in Sklaven des deutschen Militarismus umgewandelt werden sollen. Um den künftigen Geschlechtern ein unbeflecktes Ansehen zu überliefern, muß das revolutionäre Rußland die Kraft seines Heeres auf die notwendige Höhe bringen. Auf dieses Ziel werden alle Bemühungen der Regierung gerichtet sein. Die tatsächlich an der Front eingetretene Waffenruhe, die den Reichskanzler die Vermutung eines Rußlands entehrenden Sonderfriedens in Worte zu fassen ermöglichte, diese Waffenruhe muß aufhören. Das Land soll ein gebieterisches Wort sprechen und sein Heer in den Kampf schicken. — Ich bin sicher, daß das freie Heer Rußlands, fest zusammengeschnürt durch die Disziplin, die auf wechselseitigen Vertrauen der Offiziere und Soldaten beruht, die sich sämtlich der Rußland zur Fortführung des Krieges treibenden Probleme bewußt sind, und daß das Heer, welches weiß, daß das gesamte Volk hinter ihm steht, und bereit ist, es zu unterstützen und ihm alles Notwendige selbst um den Preis eigener Entbehrungen, zu geben, daß dieses Land seine Ehre und Würde verteidigen wird. Es wird den Bundesgenossen, mit welchen es durch das für eine große gemeinsame Sache vergossene Blut eng verbunden ist, tröstliche Hilfe bringen. Der Waffenstillstand an der Front ist unvermeidbar mit der Ehre und Würde Rußlands, ganz ebenso wie der Bürgerkrieg. Wir müssen im Lande geregeltes Leben und Ordnung wiederherstellen. Das sind die Grundprobleme, auf welche die neue Regierung alle Anstrengungen richten muß.

verweigert werden sollen, wird in solchem Umfange aufrechterhalten. Die Beteiligten werden sämtlich die Reiseerlaubnis erhalten, mit Ausnahme des Herrn Landtagsabgeordneten Hoffmann. Diefem wird aber der Paß nicht wegen seiner Zugehörigkeit zur Fraktion der unabhängigen Sozialdemokraten, sondern lediglich deshalb verweigert werden, weil er nach Mitteilung des Oberreichsanwalts in ein Ermittlungsverfahren wegen Landesverrats verwickelt ist.

Amerika und der Krieg.
Reuter erzählt von der amerikanischen Botschaft, daß eine reguläre amerikanische Division unter dem Befehl des Generals Pershing sobald als möglich nach Frankreich abgehen wird. Die Division wird auf 9 Regimenter Pioniere verstärkt, die ursprünglich für den Dienst in Frankreich ausgehoben sind.

Amlich wird verlautbart: 2600 Seesoldaten begleiten die amerikanische Division nach Frankreich. In Philadelphia fand eine große Versammlung gegen den Krieg statt. Ein Propagandaausflug will im ganzen Lande gegen die Entsendung amerikanischer Truppen Demonstrationen entfachen.

Zum Todesurteil über Dr. Friß Adler.

Wegen des am 21. Oktober vorigen Jahres verübten Mordes an dem österreichischen Ministerpräsidenten Graf Stürgkh hat das Wiener Landesgericht den früheren Sekretär der deutschen Sozialdemokratie Österreichs, Dr. Friedrich Adler, zum Tode durch den Strang verurteilt. Die rechtliche Seite des Falles liegt überaus einfach: Die Tötung des Grafen Stürgkh durch den Angeklagten nach reichlicher Ueberlegung stand fest und war zugegeben, und für Mord kennt auch das österreichische Recht nur die Todesstrafe. Die strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit des Täters konnte ernsthaft nicht in Zweifel gezogen werden, und so ist das Urteil formal unanfechtbar und wäre wohl vor keinem Gericht anders ausgefallen. Allerdings ist der Täter von väterlicher und mütterlicher Seite schwer nervös belastet, sodaß sich schon dadurch ganz abgesehen von der Hochherzigkeit seiner Beweggründe, die Begnadigung empfehlen möchte.

Auch die persönliche Seite der Tat ist in keiner Weise mehr im Dunkel. Friedrich Adler war ein Fanatiker der Idee, der sein Leben hingeben wollte, um für seine politischen Ueberzeugungen zu wirken. Es war nicht tapfer und wurde dem Tuschlosen nicht gerecht, wenn man ihn als einen Verrückten abtun wollte. Ein stiller Gelehrter, ein herzenguter Mensch, ein vorbildlicher Sohn, ungenügend bis zur Selbstaufopferung ist Friedrich Adler trotz seiner Tat ein Charakter, dessen sich keine Partei zu schämen braucht. Die Anklageschrift hat einen leisen Versuch gemacht, sein Handeln als das wilde Ungehörige eines Erfolglosen und Enttäuschten hinzustellen; er habe die erstrebte Professur in Zürich nicht erlangt und sei in der Partei schließlich ganz vereinsamt ohne alle Anhänger und ohne alle Aussichten gewesen. Aber von dem Lehramt in Zürich ist Adler freiwillig zugunsten des genialen Physikers Einstein zurückgetreten, und sein Arbeitsbereich in der Parteiorganisation war ihm von niemandem bestritten. Nicht aus persönlicher Geizsucht, sondern rein aus politischen Beweggründen hat Adler zum Revolver gegriffen.

Dementprechend hat er auch seine Tat vor Gericht dargestellt. Sie sollte in erster Linie ein Protest gegen das verfassungswidrige Regiment des an sich harmlosen und wohlwollenden Grafen Stürgkh sein, die scharfe Form des Widerspruchs gegen die Ausschaltung des Parlaments und die Herrschaft des Paragraphen 14, gegen die Standgerichte und gegen die Zensur. In einem anderen kriegführenden Lande, etwa in Deutschland, hätte Friedrich Adler im Hinblick auf die Freiheit auf der Parlamentstribüne und andere Bewegungsmöglichkeiten seinen Verzweiflungsschritt vielleicht nicht getan.

Aber dieses spezifisch Oesterreichische ist doch nur die äußere Schale der Adlerischen Beweggründe. Im Kern und Wesen galt sein Protest mit dem Revolver weniger der Kriegspolitik der herrschenden Klassen als der der österreichischen Sozialdemokratie. Gegen ihre Feigheit und Charakterlosigkeit, wie er sie zu finden glaubte, hat Friedrich Adler auch an Gerichtsstelle die heftigsten Töne angeschlagen. Dabei wäre es wiederum unanständig gegen einen Märtyrer seiner Ideale, Friedrich Adler als einen Anarchisten hinzustellen, der die persönliche Gewalttat des einzelnen gegen einen einzelnen als politische Taktik vorschreiben wollte. Sein Aktentat hat Dr. Adler nur als eine Aufforderung zu den von ihm erstrebten Massenaktionen angesehen; er wollte zeigen, daß die Massen das Recht hätten, gegen rechtswidrige Willkür im Staate Gewalt anzuwenden. Grundfänglich ist auch darin nichts, was ihn vom sozialistischen Standpunkt entfernte.

Friedrich Adlers Fehler liegt auf einem anderen Gebiete. Er legte vor Gericht, er lenne als internationaler Sozialist nicht die Scheidung der Menschen in Völker, sondern nur den Querschnitt in Ausbeuter und Ausgebeutete. Daß alle Ausbeutung erst durch Überlegene Kriegsgewalt in die Welt gekommen ist, daß der Kriegsklave der Stammvater aller Proletarier ist, daß demnach der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung überall in der Weltgeschichte mit dem Kampf gegen nationale Ausbeutung und Unterdrückung beginnen muß und daß die Abwehr des fremden Gewalttätigers wichtiger als jeder Kampf gegen den inneren Ausbeuter ist, weil dieser nur möglichst ist, wenn jener bereits gestillt ist. Das Nichtkennenwollen des nationalen Daseinsrechts und der nationalen Daseinsnotwendigkeit trennte Friedrich Adler von der Sozialdemokratie und enthielt die Sozialdemokratie jeder Verantwortung für seine Tat.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 22. Mai.

Die Lübecker Wahlreform

beschäftigte gestern wiederum die Bürgerschaft. Vor drei Wochen lagen dieser Körperschaft zwei Anträge vor, in denen der Senat ersucht wurde, eine gemeinsame Kommission einzusetzen zum Zwecke der Aenderung des geltenden Klassenwahlrechts. Es wurde auf Verlangen der Sozialdemokratie hinzugefügt, daß die Reform sich in der Richtung der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts bewegen solle. Vom Bürgerauswahlschuss wurde der letztere wichtige Zusatz nicht befürwortet, sondern nur vom Senat die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission zur Wahlrechtsänderung gewünscht. Entsprechend diesem Ersuchen stellte gestern der Senat den Antrag bei der Bürgerschaft auf Einsetzung einer aus fünf Senats- und zehn bürgerschaftlichen Mitgliedern bestehenden gemeinsamen Kommission.

Die Beratung dieser Vorlage gestaltete sich recht lebhaft. Vom Genossen Löwig wurde die Haltung des Bürgerauswahlschusses einer Kritik unterzogen und betont, daß man dort keinerlei triftige Gründe gegen den Beschluß der Bürgerschaft ins Feld geführt habe, soweit er der Kommission die Richtung für ihre Arbeiten weisen wollte. Unser Redner forderte mit aller Entschiedenheit die Einführung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung in Lübeck, die auch eine Lösung des Frauenwahlrechtsfrage in sich schließt. Auf eine Bemerkung Löwigs erklärte der händige Senatskommissar, daß der Senat sich im Bürgerauswahlschuss nicht gegen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung, sondern nur gegen die Festlegung der Kommission auf eine bestimmte Grundidee ausgesprochen habe. Wenn daraus der Schluss zu ziehen ist, daß der Senat einem gleichen Wahlrecht nicht ablehnend gegenübersteht, so befreit das niemand freudiger als wir.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 22. Mai. (Amlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Im Oprenbogen, bei Doos, bei Dopy und in breiter Front südlich der Scarpe war die Kampftätigkeit der Artillerie tagsüber lebhaft. Bei mehreren starken Vorstößen, die bei Bullecourt, später bei Croisilles einsetzten und völlig fehlschlügen, erlitten die Engländer blutige Verluste und büßten über 90 Gefangene ein.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Zwischen den Höhen des Chemin des Dames und an der Aisne, nördlich von Reims und vom oberen Vesle bis zum Suippes-Tal entwickelten sich zeitweilig heftige Artilleriekämpfe. Südwestlich und südlich von Auzoy griffen die Franzosen im Laufe des Tages mehrmals unsere Höhenstellungen an. Die dort stehenden württembergischen Regimenter schlugen den Feind im Gegenstoß zurück und beschlachten über 150 Gefangene ein. Abends brach ein französischer Vorstoß am Südhang des Hochberges (südwestlich von Moronvillers) zusammen. Ostlich von Lens lebte gestern das Feuer auf. Es kam dort zu kleinen Vorfeldgefechten, die uns Gefangene einbrachten.

Eine unserer Jagdkessel schoß in gleichzeitigem Angriff bei Bouancourt (nordwestlich von Reims) 5 Fesselballons in Brand.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.
Nichts Neues.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Die Lage ist unverändert.

Mazedonische Front.
Zwischen Prejsa-See und Cerna, auf beiden Warbarufern und an der Struma zeigte sich die feindliche Artillerie wieder tätiger als an den Vortagen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Haltung der Liberalen war nicht klar. Wenn wir auch gern zugeben, daß die Herren um Aug. Bape und Thiele bisher in der Bürgerschaft stets die Forderung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts unterstützt haben, so berührt es doch seltsam, daß Herr Bape bereits gestern öffentlich zum Ausdruck brachte, daß er und seine Freunde sich auch mit einer Dreiviertelgleichberechtigung vorläufig zufrieden geben würde. Daß eine solche mit der Forderung des gleichen Wahlrechts nicht vereinbar ist, mußte Bape sich auch von Herrn Senator Dr. Neumann, der mit dem händigen Senatskommissar die Senatsvorlage vertrat und den Zusatzantrag von Löwig bekämpfte, sagen lassen. Auch die Herren Dr. Benda, Dimpfer und H. Thiel wandten sich gegen Festlegung der Kommission auf eine bestimmte Richtung der Wahlreform, weil sie, wie sie sagten, der Arbeit der Kommission keine Schranken ziehen wollten. Genosse Stelling widerlegte die Ausführungen Thiels, daß die Sozialdemokratie früher nicht das Verhältniswahlrecht gefordert hätte, und trat besonders für ein schnelles Arbeiten der Kommission ein. Herr Schiemann konnte auch keine Gründe für die Bürgerschaft erkennen, jetzt den von ihr vor drei Wochen eingenommenen Standpunkt zu verlassen.

In der Abstimmung wurde der Zusatzantrag von Löwig gegen eine starke Minderheit abgelehnt, darauf der Senatsantrag in unmodifizierter Form mit großer Mehrheit angenommen. Am morgigen Mittwoch soll der Bürgerauswahlschuss die Wahl der bürgerschaftlichen Mitglieder der gemeinsamen Kommission vornehmen. Dann kann mit der Wahlrechtsreform begonnen werden. Wir können nur den dringenden Wunsch aussprechen, daß dabei kein Stauwerk oder Hindernis herauskommt, sondern ein Wahlrecht, das den Willen des Volkes unverfälscht zum Ausdruck bringt.

Eine ganze Reihe anderer zum Teil nicht unwichtiger Vorlagen wurde von der Bürgerschaft ohne wesentliche Debatte angenommen. Kurz nach 9 Uhr war die Tagesordnung erledigt.

Achtung, Parteigenossen! Die Mitglieder der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet heute abend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig.

Kriegsgeld soll nunmehr auch vom Lübecker Staat ausgegeben werden. Nach einer Mitteilung des ständigen Senatskommissars in der gestrigen Bürgerschaftssitzung werden hier demnächst für 300 000 Mark 1/2-Mark-Scheine ausgegeben, um dem Mangel an Kleingeld abzuhelfen.

Die Regelung der Arbeit in Web-, Wirk- und Strickstoffe verarbeitenden Gewerbebetrieben betrifft eine neue Bekanntmachung des stellvertretenden Generalkommandos, die in der üblichen Weise veröffentlicht wird. Bemerkenswert ist die Beschränkung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich fallen gelassen worden ist.

Preisverhöhung für Gaser und Bierdesuiter! Vom stellvertretenden Generalkommando wird mitgeteilt: Für Gaser, den die Landwirte aus den ihnen zur Verwendung in eigenen Betrieben zuteilenden Mengen an die Heeresverwaltung abliefern, wird bei schleunigem Verkauf an die Proviantämter neben dem Höchstpreis eine besondere Vergütung von 100 Mark für die Tonne gezahlt.

Ein Feldpostmarder stand am Freitag in der Person des erst 17-jährigen Hans Str. vor der hiesigen Strafkammer. Der Angeklagte war während des letzten Winters beim Lübecker Postamt als Postauswärtiger tätig. Er ist geständig, fortgesetzt ihm zur Bestimmung an die Adressaten übergebene Postpakete unterschlagen zu haben, auch hat er im Gewahrsam der Post befindliche Pakete weggenommen, um sie zu behalten. Etwa 25 Feldpostpakete hat er unbefugt geöffnet und ferner hat er zweimal je einen Umfang, die anderen Angeklagten gehörten, und eine an die Post gelangte Druckchrift sich angeeignet. Ferner hat er einem Dienstmädchen gehörige 8 Mk., die er im Besitz hatte, sich angeeignet. Das Gericht verurteilte Str. zu 9 Monaten Gefängnis.

Ferienwanderungen. Es hat sich eine Umlegung der geplanten Pfingstwanderungen veranlaßt. Die halbtägige Wanderung nach Waldhufen findet am Dienstag, die Tageswanderung nach Wangenriede am Mittwoch nach Wüntenberg statt. In den Ferienwanderungen können Schüler und Schülerinnen aus allen Schulen teilnehmen. Karten sind in verschiedenen Verkaufsstellen zu haben. (S. Inserat.)

Ausstellung von Zeichnungen Kriegsverlester. Vom 22. bis einschließlich 25. Mai 1917 werden im Lesezimmer des Soldatenheims, Schiffelbuden 2, Zeichnungen ausgestellt, die im Laufe des Winters von Kriegsverletzten auf der hiesigen Bauerschule hergestellt sind. Beachtenswert erscheinen vor allem die zeichnerischen Arbeiten des Kriegsverletzten Rohweber, der infolge Lähmung der rechten Hand sämtliche Arbeiten mit der linken Hand ausführen mußte und im März dieses Jahres die Abgangsprüfung bestand. Jedem, der für diese Ausstellung Interesse hat, steht der Besuch von 10 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm. frei.

pb. Beschäftigter Heindieb. Ermittelt und festgenommen wurde ein mehrfach, u. a. mit Zuchthaus vorbestrafter Arbeiter aus Gorenz, der zu der Nacht zum 14. ds. Mts. eine größere

Menge Weine usw. aus dem Weinsteller seiner Gewerkschaft an der Travemünder Chaussee gestohlen hatte. Die Weine, die bereits von einigen hiesigen Geschäftsleuten aufgetauft waren, konnten zum größten Teil beschlagnahmt und dem Bestohlenen zurückgegeben werden.

pb. Wer ist der Tote? Am 19. ds. Mts. wurde bei der Brückwache in Travemünde eine bisher nicht verknüpft war den Könnende männliche Leiche aus der Trave gelandet. Die Leiche hatte, wie der Augenzeuge lehrte, schon längere Zeit im Wasser gelegen. Der Verstorbene war 1,70 Meter groß, hatte rötlich blondes Haar und ebensolchen Schnurrbart, rundes volles Gesicht und mag ungefähr 40 Jahre alt gewesen sein. Im Oberkiefer fehlten dem Verstorbenen vorn mehrere Schneidezähne. Besondere Erkennungszeichen fehlten an der Leiche. Bekleidet war die Leiche mit einer dunkelgrünen Winterjacke, dunkler Weste und ebensolcher Hose, grauer Unterhose und grauwollenen Strümpfen, die mit rotem Garn gestickt die Buchstaben C. D. trugen. Ferner trug die Leiche ein grau-wollenes Hemd und ein dunkles Tuch vorhemd; die schon ziemlich stark abgenutzten Schnallenschuhe waren mit Nägeln beschlagen. In der Kleidung der Leiche wurden folgende Sachen vorgefunden: ein schwarzes Portemonnaie mit 26 Mk., eine Zylinderuhr mit Kette, ein rotes Taschentuch mit weiß-roter Kante, ein Taschennmesser mit zwei Klängen, ferner drei kleine Geldbeutel, zwei Unterkleider und eine dunkle Umhängebürde mit dem Abzeichen der Kaiserlichen Post. Letztere Gegenstände lassen den Schluss zu, daß der Verstorbene bei einem Postamt beschäftigt gewesen ist. Personen, die sachdienliche Angaben über die näheren Personellen des Verstorbenen machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

pb. Verdächtig. Festgenommen wurde ein mit Zuchthaus vorbestrafter Arbeiter aus Neustadt i. Holst., der in dem dringenden Verbaht steht in Oldenburg i. H. und Umgegend mehrere Einbruchsdiebstähle ausgeführt zu haben.

Samburg. Ein Knabe ertrunken. Bei einer Kuberpartei auf der Außenalster fiel der neunjährige Knabe Fred im Hofwegkanal über Bord und ertrank. Der Knabe konnte trotz sofort angestellter Rettungsversuche nur noch als Leiche geborgen werden. — Bei einer Bootfahrt ertrunken. Der Bootsmann Adolf Otto König machte mit einem Kollegen eine Bootfahrt im Travemünde. König sah im Hinterteil und steuerte mit einem Riemer, während sein Kollege im Vorderteil des Bootes saß. Pöhllich stürzte K. über Bord und rief laut um Hilfe. Bevor sein Kollege nach der Unfallstelle zurückgerudert war, war K. gesunken. Der Verunglückte ist 18 Jahre alt.

Kiel. Ein Raubmord vor Gericht. Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht fand gestern die Verhandlung gegen den 18-jährigen Badergesellen Alfred Bagel und den 16-jährigen Baderlehrling Hans Sied statt. Beiden ist der Raubmord, der am 26. Februar dieses Jahres an dem Zigarrenhändler Hermann Melker in der Feldstraße verübt wurde, vorgeworfen worden. Ueber die Tat befragt, gibt Bagel an: Er hatte zur Gefellenprüfung, die ihm bevorstand, keine Kleidung und kein Geld. Als er Sied sein Leid klagte, machte ihm dieser den Vorschlag, den alten Zigarrenhändler Melker, der im Hause seines Lehrherrn wohnte, zu bestehlen. Sied wußte von Melker, daß er in einem Koffer eine größere Summe Geldes aufbewahrte; er war mit dem alten Melker befreundet. Am Vorabend des Mordtages, Sonntag, den 25. Februar, fand zwischen beiden Angeklagten die endgültige Besprechung über den Mord statt, denn sie sind sich darüber einig geworden, die Verzehrung des alten Melker gegebenenfalls unter Anwendung von Gewalt vorzunehmen. Bagel sollte sich einen großen Maschinenstiftel oder eine Eisenlange besorgen und damit den Melker niedererschlagen. Mit seinem letzten Gelde kaufte sich Bagel ein Taschennmesser, um dem Opfer den Hals abtrennen zu können. Am Abend des Mordtages (26. Februar) kam Bagel mit einer Eisenlange und dem Taschennmesser zu Sied. Sied ging dann in Melkers Laden, um zu erkunden, ob sich Leute im Laden befänden. Als Melker seinen Laden abgeschlossen hatte, schlich sich Bagel mit seinem Mordgerät an die Hintertür des Ladens und klopfte an. Auf die Frage, wer das sei, antwortete Bagel, er suche seinen Freund Sied, ob der sich wohl bei Melker befinde. Kaum befanden sich Melker und Bagel im Zimmer, als Bagel mit der Eisenlange auf den Kopf des alten Mannes schlug. Melker fiel bestunmungslos auf sein Bett. Dann zog der Mörder sein Taschennmesser, schnitt dem Opfer den Hals durch und deckte einen Inzug, der an der Wand hing, über die Leiche. Auf ein verabredetes Zeichen kam Sied, der während der Tat draußen Wache stand, in den Laden. Bagel nahm eine Geldkassette mit 350 Mk. aus dem Koffer, verschiedene Päckchen Zigaretten, eine Pfeife und Briefpapier aus dem Laden. Die gestohlenen Gegenstände packte er zu einem Paket zusammen. Sied nahm noch einige Schachteln Zigaretten, da er befürchtete, daß sich sonst der Verdacht auf ihn lenkte. Sie schlossen dann den Laden ab und gingen auf Sieds Zimmer, das sich im selben Haus befand. Hier wusch sich Bagel seine blutbefleckten Hände und dann herabschlachten die beiden Verbrecher, was sie sagen wollten. Sied sollte am nächsten Morgen zu Melker gehen, um eine Postkarte zu kaufen. Wenn er dann die Räume verlassen fand, sollte er seinen Meister von diesem ungemütlichen Zustand Mitteilung machen. Auf diese Weise hoffte er am leichtesten einen Verdacht, der sich etwa auf ihn lenken könnte, entgegenzuwirken. Bagel ging nach der Tat mit seinem Raube nach Hause. Doch kam er am nächsten Tage, als der Mord entbeht war, wieder, um sich zu erkundigen, was in dem Hause geschehen sei. „Das weißt du wohl selbst am besten“, habe ihm sein Freund Sied zur Antwort gegeben. Am 11. April bestand Bagel dann seine Gefellenprüfung. Der Angeklagte Sied dagegen leugnete alles. Er will weder Wache gestanden haben, noch überhaupt an dem ganzen Mord beteiligt gewesen sein. Ein vor dem Kriminalkommissar abgelegtes Geständnis widerrief er. Nach fast sechsstündiger Verhandlung wurde das folgende Urteil gefällt: Bagel wird wegen vorsätzlicher Tötung und Raubes zu 15 Jahren Gefängnis, Sied wegen Beihilfe zur Tötung zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Der Vorstehende bemerkte bei der Urteilsbegündung, daß dem Angeklagten Bagel, wäre er bei Begehung der Tat 6 Wochen älter gewesen, der Kopf vor die Türe gelegt worden wäre.

Bremen. Von der Straßenbahn überfahren wurde am Sonntag nachmittag in der fünften Stunde ein 4-5 Jahre alter Knabe auf der Straße Gropelungen-Burg. Als eine leiblose, unformige Masse ruzg die Schamferin vor den Augen der Mutter den Knaben in ein nächstgelegenes Haus. Als mitfühler der Mensch konnte man den unglücklichen Schmerz der sich fast wie wahnwitzig gebürdenden Mutter wohl ermessen, wie ihr Kind in wenigen Augenblicken dem Leben entzogen wurde.

Bremen. Reiche Diebstehure. Ein Einbruch ist im Goldwarengeschäft von Friedrich Koopmann, Am Wall 140, verübt worden. Den Dieben sind etwa dreißig goldene Herrenuhren, fetten Brillantringe, Herren- und Damenuhren, Trauringe und sonstige Schmuckgegenstände im Gesamtwert von über 22 000 Mk. in die Hände gefallen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 22. Mai. (Amlich.) Neue U-Boots-Erfolge im Atlantischen Ozean. 18 000 Buntst-Register-Tonnen. Unter den Ladungen der versenkten Fahrzeuge befanden sich 10 000 Tonnen Eisen nach Italien und Getreide nach Frankreich.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co., Amlich in Lübeck.

HOLSTENHAUS

G. m. b. H.

Holstenstrasse

Lübeck.

In unserer Lebensmittel-Abteilung:

Rhabarber	2 Bund	25
Spinat	Pfund	40
Radieschen	Bund	10
Porree	großes Bund	35
Frisch. Spargel	Pfd. 1.00	85
Zitronen	Pfund	65
Walnüsse	1/2 Pfund	1.25

Back-Pflaumen	1/4 Pfund	1.65
Back-Birnen	1/4 Pfund	1.25
Sultana-Rosinen	1/4 Pfund	1.10

Maimond-Tee	Paket	40
Kaiser-Tee	Paket	75
Frucht-Gelee-Pudding	Paket	35
Marmeladen-Pulver	Paket	25
Fleischbrüh-Ersatz-Würfel	5	5
100 Stück	4.00	M

Kraftol-Sobepulver	2 Pak.	25
Tafelsenf-Ersatz	Pfund	1.00
Pfeffer, gestreckt	1/2 Pfund	75
Tafel-Salz	Pfund	11

„Esbe-Speise“
zur Herstellung einer nahrhaften, erfrischenden Speise
Paket **45**

Fleischsülze-Ersatz
1/4-Pfd.-Portion **60**

Stockiisch
trock. Pfd. 2.40
geweicht Pfd. **1.20**

Pehamko-Kaffee-Extrakt
Flasche 3.00 u. **1.50**

Bohner-Masse
ausgewogen
Pfund **2.00**

Tafel-Rotwein	Flasche	3.60
Castillette, Rotwein	Flasche	4.75
Castel del monte	Flasche	4.75
Cru de la Ryd, Bordeaux	Fl.	5.00
Le Chatelet, Bordeaux	Flasche	5.40
Pfälzer Schoppen	Flasche	3.25
Moselblümchen	Flasche	3.35
Laubenheimer	Flasche	3.75
Niersteiner	Flasche	4.00

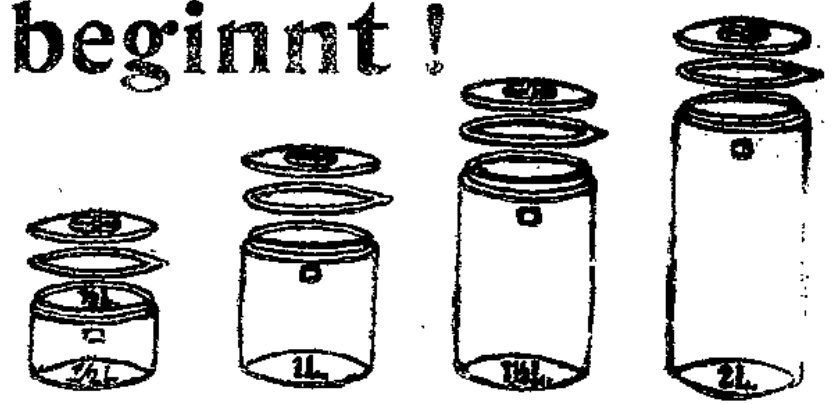
Für Feldpost-Sendungen

besonders empfehlenswert:

Kirschfrucht-Trunk	Pfund	1.10
Johannisbeer-Trunk	Pfund	1.20
Heidelbeerfrucht-Trunk	Pfund	1.15
Wermutfrucht-Trunk	Pfund	1.25
Zitronen-Most	Pfund	1.50
Punsch-Extrakte	alkoholfrei Feldpostpakete	1.45
Himbeer-Sirup-Ersatz	Pfund	1.10
Kirschsaft, reiner Muttersaft	Pfund	1.70

Beachtenswerte Angebote für das Pfingstfest!

Die Einkochzeit beginnt!



Patent-Einkoch-Gläser

„System Rex“
Ia. Fabrikat mit Gummiring und Deckel

1/2 l	75	3/4 l	85	1 l	95	2 l	1.65
-------	----	-------	----	-----	----	-----	------

Einmach-Häfen	1.25	75	18
	10	25	18

Einkoch-Apparate 16⁵⁰

komplett mit Einsatz, Klammern und Thermometer

Allen Voraussicht nach wird in diesem Jahre eine große Knappheit an Einkochgläsern und Apparaten eintreten. Wir raten dringend, sich zeitig einzudecken, da wir, trotz herrschender Warenknappheit, jetzt noch recht billig verkaufen.

Neu aufgenommen:

Zigarren und Zigaretten.

Wir führen die beliebtesten Zigaretten-Marken und hervorragende Fabrikate in Zigarren, die in allen Preislagen als **sehr vorteilhaft** bezeichnet werden müssen.

Feldpostsendungen werden versandfertig verpackt.

Heute: Im Erfrischungsraum Militär-Konzert.

Bekanntmachung.

Somit Verfügung der Reichssteuermittelsstelle vom 4. Mai d. J. dürfen Pferdehaltern, denen selbstgewonnene Futtermittel nicht zur Verfügung stehen, vom 1. Juni 1917 ab nur 3 Pfund Heu für das Pferd und den Tag zugewiesen werden. Die Heufuttermittel sind in angewiesener, hiernach zu verfahren und den für die Zeit nach dem 1. Juni bereits ausgegebenen Heu entsprechend zu verrechnen.

Lübeck, den 21. Mai 1917.

Das Polizeiamt.

Eine neue Bekanntmachung betreffend Regelung der Arbeit in Web-, Wirt- und Strickstoffe verarbeitenden Gewerbezweigen wird in den amtlichen Zeitungen veröffentlicht.

Lübeck, den 14. Mai 1917.
Stellv. Generalkonmandant IX. U.-R.

Eine Frau sucht Beschäftigung im Nähen (Ausbestellen).
908) Schlumacherstr. 9.

Verloren eine Damenuhr von Marklitz bis Rottwisch. Bitte herabsicht um Abgabe geg. Bel. 901) Jean Kühener, Rottwischstr. 29.

Deutscher Riesen-Rammler (Schiffe) billig zu verkaufen.
909) Sadowatz, 25. II.

Gewerkschafts-Kartell, Lübeck.

Versammlung der Vorstandsmitglieder und Kartelldelegierten

am Donnerstag, dem 24. Mai 1917
abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:

1. Abrechnung.
2. Bericht über die Jugendbewegung.
3. Wahl von 2 Mitgliedern zum Jugendausschuß.
4. Die geplante Regelung der Jugendfürsorge in Lübeck.
(Referent: Genosse Mehrlein.)
5. Eingänge.

Die Kartellkommission.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Betriebsversammlung

für alle im Betriebe der Firma Friedr. Ewers & Co., Waisenhofstr., beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen
am Mittwoch, dem 23. Mai
abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:

Berichterstattung des Arbeiterausschusses über die Verhandlungen mit der Betriebsleitung über unsere eingereichte Lohnforderung.

Pflicht eines jeden dort Beschäftigten ist es, pünktlich in der Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Elegante Pfingst-Kleidung

für Herren und Knaben

Herren-Anzüge
solide, moderne Stoffe,
1- u. 2-reihige Formen
26⁰⁰ 32⁰⁰ 39⁰⁰ 47⁰⁰ 54⁰⁰

Herren-Anzüge
feine vornehme Farböne
in feinsten Ausstattungen
59⁰⁰ 67⁰⁰ 78⁰⁰ 85⁰⁰ 98⁰⁰

Knaben-Anzüge
Schulpausen-, Jacken-, Prinz
Heinrich-, Kieler Form
6⁷⁵ 10⁰⁰ 17⁰⁰ 23⁰⁰ 29⁰⁰ 42⁰⁰

Bewährte Qualitäten.

Erstklassige Verarbeitung.

Denkbar größte Auswahl.

Neueste Modelformen.

Mäßige Preise.

Herren-Paletots
solide dunkle Stoffe
einfache, solide Form
28⁰⁰ 37⁰⁰ 49⁰⁰ 56⁰⁰ 68⁰⁰

Herren-Paletots
dunkle und helle Farben
Sport- und Ulster-Formen
47⁰⁰ 55⁰⁰ 69⁰⁰ 77⁰⁰ 86⁰⁰

Buckskin-Hosen
in allen Weiten und Längen
7⁵⁰ 11⁰⁰ 17⁵⁰ 23⁰⁰ 32⁵⁰

Spille & v. Lüfmann

Hauptgeschäft: Lübeck, Sandstr. Größtes Spezialgeschäft am Platze. Zweiggeschäft: Eutin, Königstr. 913

Versammlung der Lübecker Bürgerchaft.

b. Lübeck, 21. Mai.
Der Vorsitzende Dr. Görz eröffnet die Sitzung 6 Uhr 25 Min.

Senator Dr. Eschenburg gab eine Erklärung des Senats zu dem geplanten Ausbau des deutschen Kanalsystems und betont, daß der Senat sich mit diesen Fragen eingehend beschäftigt und daß insbesondere Herr Oberbaudirektor Rheber seine reichen Erfahrungen in den Dienst der Sache gestellt habe. Der Plan des Nord-Süd-Kanals sei fertiggestellt und in einer demnächstigen Sitzung der Bürgerchaft werde Herr Rheber einen Vortrag darüber halten.

Ferner teilt der Senatskommissar mit, daß infolge des Niedrigwasserstands in nächster Zeit 50-Pfg.-Scheine als Notgeld auch in Lübeck ausgegeben würden.

1. Antrag: Einsetzung einer gemeinsamen Kommission des Senates und der Bürgerchaft wegen Neugestaltung des Bürgerchaftswahlrechts.

Hiermit verbunden wird der Antrag Stellung: Die Bürgerchaft ersucht den Senat, sie umgefäumt eine Vorlage entgegen zu bringen, die die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission von Senat und Bürgerchaft auf Änderung des Wahlrechts zur Bürgerchaft auf der Grundlage der Erziehung des bestehenden Klassenwahlrechts durch ein allgemeines und gleiches Wahlrecht zum Gegenstande hat.

Löwigt Am 30. April hat die Bürgerchaft beschloffen, den Senat zu ersuchen, eine Kommission einzusetzen zu dem Zweck, das geltende Klassenwahlrecht in der Richtung des allgemeinen gleichen Wahlrechts einer Reform zu unterziehen. In der Bürgerchaft ist von keiner Seite gegen den Inhalt des Antrages etwas eingewendet worden. Der damals auch zur Beschlußfassung vorliegende Antrag der 48 Herren der Bürgerchaft war nur allgemein gehalten, so daß er keinerlei Anhalt für die Arbeiten der Kommission bot. Es ist damals durch den Gang der Beratung ein Teil der Herren, die letzteren Antrag unterschrieben hatten, bemerkt worden, dem Antrag Stellung zuzustimmen und ihm den Vorzug vor ihrem eigenen Antrag zu geben. Der Antrag Stellung wurde bekanntlich mit dem der 48 Herren verbunden. Es kam auf diese Weise der Wille der Bürgerchaft zum Ausdruck, daß an Stelle des Klassenwahlrechts, das von niemand als glücklich bezeichnet werden konnte und von den meisten sehr kritisiert wurde, eine Wahlreform eintreten sollte in der Richtung des gleichen Wahlrechts. Der Senat hatte zu diesen Anträgen nicht viel gesprochen, vom ständigen Senatskommissar wurde nur gesagt, er stehe einer Änderung des geltenden Wahlrechts freundlich gegenüber. Er hat nichts gegen den Antrag Stellung eingewendet. Der Antrag wurde dem Bürgerchaftsausschuß überwiesen, der sich wenige Tage später damit beschäftigte. Ich war nun der Überzeugung, daß der Antrag, nachdem in der Bürgerchaft gegen ihn so gut wie nichts eingewendet worden war, ohne weiteres an den Senat gelangen würde. Das ist leider nicht geschehen. In den Kreisen der Lübecker Bevölkerung, die die Verhandlungen des Bürgerchaftsausschusses nicht kennt, hat das schlafteste Bedauern erregt. Auch manche Mitglieder der Bürgerchaft haben sich über das Resultat der Beratungen sehr gewundert. Man legte sich die Frage vor, ob denn im Bürgerchaftsausschuß neue Gründe vorgebracht wurden, die man in der Bürgerchaft nicht vorbringen konnte. Das war aber nicht der Fall. Das eine steht aber fest, daß einige Herren, die hier in der Bürgerchaft für den Antrag der 48 in Verbindung mit dem des Herrn Stellung gestimmt haben, sich innerhalb zweier Tage eines anderen, jedoch sicher keines Besseren besannen. Ich weiß nicht, aus welchen Gründen sie dazu gekommen sind, von ihrer Haltung in der Bürgerchaft abzuweichen. Ich glaube, daß, als sie feierlich dem Antrag zustimmten, doch wußten, was sie taten und wollten. Im Bürgerchaftsausschuß wurde von einem Herrn allerdings gemeint, ein Teil dieser Mitglieder habe nicht gewußt, was er beschloffen habe. (Zuruf: Na, na!) Wir scheint, daß man die Urteilsfähigkeit jener Herren doch etwas unterschätzt hat. Als sie vor drei Wochen zu dem bestimmter Zweck einer Wahlreform den Verhandlungen beimohnten, mußten sie doch genau wissen, was die Anträge besagten. Beide Anträge wollten eine Wahlreform, derjenige Stellungen aber ihr eine bestimmte Richtung geben, die nach den Erfahrungen des Krieges selbstverständlich war. Wenn wir die ganze Stellungnahme des Bürgerchaftsausschusses in dieser Frage betrachten, scheint es mir, als ob er seine Aufgabe nicht recht erfüllt hätte. Hier handelt es sich nicht um einen Antrag, der plötzlich aus der Mitte der Bürgerchaft gestellt war, sondern um einen Antrag, der von einer ganzen Reihe von Herren nach sorgfältigen Vorarbeiten eingebracht und dem Bürgerchaftsausschuß überwiesen wurde, wie es nach der Verfassung vorgeschrieben ist. Nach meiner Überzeugung

hat sich der Bürgerchaftsausschuß als die Vorsehung der Bürgerchaft aufgetan und hat geglaubt, die Entscheidung der Bürgerchaft an einem wahlwogenern Beschluß verändern zu müssen. Ich bedaure dieses lebhaft. Es ist auch notwendig zu sagen, wie die Stellung des Senates im Bürgerchaftsausschuß war. Ohne Zweifel war die Haltung des Senats für manche Bürgerchaftsmitglieder ausgleichend gewesen. Hier hat der Senat sich nur sehr kurz geäußert, im Bürgerchaftsausschuß dagegen ist das harte Wort gefallen, daß für den Senat die staatsbürgerliche Gleichberechtigung in Lübeck unannehmbar sei. (Zuruf: Hört, hört!) Der Senatskommissar hat auch zum Ausdruck gebracht, daß bereits Besprechungen unter den Senatoren der drei Hansestädte stattgefunden hätten; doch ist von dem Inhalt der Verhandlungen dem Bürgerchaftsausschuß nichts mitgeteilt worden. Nach all diesem habe ich wenig Hoffnung, daß in Lübeck eine wirklich vollstündige Wahlreform Platz greift. Im wesentlichen wird es davon abhängen, wie sich die Bürgerchaft dazu verhält. Am Sonntag und Sonntag haben auch die liberalen Herren, die in den Bürgerchaften der Hansestädte vertreten sind, in Hamburg getagt und sich über das Wahlrecht unterhalten. Sie haben sich grundsätzlich dafür ausgesprochen, daß das Wahlrecht in den Hansestädten ein gleiches sein sollte, aber ihren Beschluß mit mangelnder Staatsmännlichkeit und Aber verknüpft, die sie mit ihrem grundsätzlichen Standpunkt arg ins Gedränge bringen. Ich hoffe, daß an Stelle des Wahlrechts ein wirkliches Wahlrecht tritt, das auch die Lehren, die der furchtbare Krieg uns allen gegeben, berücksichtigt. Der Bürgerchaftsausschuß hat es also abgelehnt, den Antrag Stellung in Verbindung des Antrages der 48 Herren dem Senat entgegenzubringen und den Antrag angenommen, wie er zu Anfang der 48 Herren gestaltete war. Der Senat ist diesem Antrag nachgekommen. Ich glaube aber, daß es notwendig ist, Ihnen hier nochmals Gelegenheit zu geben, Ihren Willen besser zum Ausdruck zu bringen, weshalb ich einen Änderungsantrag stelle, wie es schon von mir im Bürgerchaftsausschuß geäußert ist, der hinter das Wort Verfassung steht: „In der Richtung der Erziehung des geltenden Klassenwahlrechts durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht.“ Wenn Sie dieses beschließen, werden Sie in den Antrag ungefähr das gleiche hineintragen, was Sie in der vorigen Sitzung der Bürgerchaft beschloffen haben. Dadurch ist der Kommission nicht die Möglichkeit genommen, die Wahlrechtsfrage nach jeder Richtung prüfen zu können. Die eine Richtung, die hier im Antrag enthalten ist, muß ihr als Grundlage immer vor Augen schweben. Stimmen Sie deshalb dem Antrag, wie ich ihn gestellt habe, zu, sorgen Sie dafür, daß auch in Lübeck die staatsbürgerliche Gleichberechtigung eintritt. Es wurde hier wiederholt, besonders aus dem Munde des Vorsitzenden, der Dank ausgesprochen für das Große, Unermeßliche, was die Krieger an den Fronten leisten und getan haben. Ich glaube, es ist kein Wort des Dankes dafür groß genug, aber höher als Worte stehen jedoch Taten. Helfen Sie mit, daß wenn die Krieger zurückkommen, es hier nicht mehr bevorrechtigte und entrechtete Bürger, sondern nur noch Gleichberechtigte im Staate gibt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Senator Dr. Eschenburg erwidert, er habe keineswegs gesagt, daß dem Senat eine Gleichberechtigung der Staatsbürger unannehmbar sei. Der Senat könne nur nicht zustimmen, daß die Beratungen der gemeinsamen Kommission beschränkt oder nach einer bestimmten Richtung eingeeignet werden.

Senator Dr. Neumann betont, es sei gerade der Zweck der gemeinsamen Kommission sein, die ganze Wahlrechtsfrage zu prüfen. Bei einer so wichtigen Sache sollte nicht ohne eingehende Beratung eine bestimmte Marschroute von vornherein gesteckt werden. Wäre das Prinzip schon so festgelegt, würde es keiner besonderen gemeinsamen Kommission bedürfen. Es wäre ein unannehmliches Verfahren, der Kommission einen Teil ihrer Erörterung zu entziehen.

Dr. Benda ist der Meinung, der Bürgerchaftsausschuß habe die Pflicht eingehender Prüfung erfüllt. Vor der Beratung der gemeinsamen Kommission werde etwas Ersprießliches erwartet werden können. Es wäre verfehlt, die gemeinsame Kommission mit Scheuklappen zu versehen. Auf einen bestimmten Vorschlag habe sich die Bürgerchaft nicht festgelegt und könne sich auch die gemeinsame Kommission nicht festlegen. Man würde das Gewünschte zunichte machen, wenn man sich auf bestimmte Schlagworte festlegen wollte. Abgrenzende Festlegungen würden die Arbeit der gemeinsamen Kommission einschränken und ersprießliches Zusammenarbeiten unterbinden.

H. Thiel befragt die Sachlage optimistischer als Löwigt. Herr Schemann habe in der vorigen Sitzung der Bürgerchaft vorzügliche Ausführungen gemacht, die sich auf den Standpunkt gestellt hätten, das geltende Wahlrecht sei gegen die Herrschaft einer unerfahrenen Klasse geschaffen worden. Übrigens habe die sozialdemokratische Partei heute wieder betont, daß ein Klassen-

wahlrecht ein Unrecht sei, das würde aber auch im umgekehrten Verhältnis eintreten, wenn das Reichstagswahlrecht hier eingeführt würde. (Zuruf bei den Sozialdemokraten!) Vor zehn Jahren seien die Zeiten anders gewesen als sie heute sind, so daß der Senat damals die Pflicht gehabt habe, einer solchen unerfahrenen Politik einen Damm entgegenzusetzen. Zu bezweifeln sei allerdings, ob das angewandte Mittel recht gewesen sei. Redner geht auf die Bemerkung Stellings ein, der ihm vorgeworfen habe, er (Thiel) habe gesagt, sie wollten Herr im Hause bleiben. Er stehe allerdings auf dem Standpunkt, nur die allergrößten Kahlber wählen ihre Mehler selber. Wenn es schon an Schlachten gehe, dann wolle er lieber Mehler als Kahl sein. (Hört, hört! Richtig ist auch die Auffassung des Herrn Löwigt, daß die Arbeiterchaft durch infolge der Teuerung erhöhte Löhne in die erste Wählerklasse eintrete. Eine Stichprobe der Löhne mehr als 2000 Mark verdienen, in den letzten 3 Jahren um 80 Prozent gestiegen sei. Von 173 Männern hätten 148 mehr als 40 Mark wöchentlich verdient, einige 4-5000 Mark jährlich. Freilich sei seine Auffassung eine sogenannte Fuhrerrechnung, doch werde nach dem Kriege ein Lohnabbau nur schwach eintreten. Eine Klasseneinteilung für ein Wahlrecht werde deshalb für die Folge ein Versuch mit untauglichen Mitteln sein. Hätte die Sozialdemokratie hinterhältig sein wollen, hätte sie diesen Rebertritt in die erste Wählerklasse gar nicht angzuführen brauchen. Es sei anzuerkennen, daß die Sozialdemokratie bei ihrem Wahlrechtsantrag ideale Ziele erstrebe. Die Sozialdemokratie habe im Felde wie im Lande ihren Pflichten Genüge geleistet, und dieser Standpunkt habe den Boden gegeben für ein gleiches Wahlrecht, für das sich ein Weg finden lasse. Die Frage der Verhältniswahl müsse die Kommission in erster Linie in Betracht ziehen. Den Sozialdemokraten müsse selbstredend eine entsprechende Anzahl Sitze in der Kommission zugestanden werden.

L. G. Pape geht auf einzelne Ausführungen der Vorträger ein, die er entsprechend bewertet und glaubt, daß die Beschränkungen gerade durch den Senatsantrag hervorgerufen würden. Jetzt müsse die Wahlrechtsfrage erledigt werden, wozu eine bestimmte Direktive nötig sei. Die Liberalen hätten sich zu ihrem Beschluß geeinigt, weil die Verhältnisse in den Hansestädten zu verschieden lägen. Mehr sei vorzuziehen nicht zu erlangen, mit einer Dreiviertelsgleichberechtigung könnte sich auch die Sozialdemokratie vorläufig zufrieden geben. Wenn sich das neue Wahlrecht bewährt habe, könne man es immer noch ändern.

Löwigt: Es ist zu begrüßen, daß sich der ständige Senatskommissar dagegen verwehrt, er sei im Bürgerchaftsausschuß gegen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aufgetreten. Das wird die Aufgaben der Kommission erleichtern. Ich hatte ihn dort zu verhandeln, dazu gleich das Wort genommen und gewünscht, in der Bürgerchaft möge dies von ihm auch mit derselben Klarheit zum Ausdruck kommen, damit sie wüßte, woran sie sei. Von Herrn Senator Dr. Neumann ist gesagt worden, wenn die Bürgerchaft den Antrag der Sozialdemokraten annehme, so würden damit die Arbeiten der Kommission eingeeignet. In gewisser Weise ist dies allerdings richtig. Wir haben den Wunsch, daß nicht erst die vielen Wahlpläne in Frage gezogen werden, die vielleicht gar eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes mit sich bringen. Sie können es uns nicht verdenken, wenn wir etwas mißtrauisch geworden sind. Wir können unter dem geltenden Wahlrecht vielleicht in einigen Bezirken in der ersten Klasse unsere Kandidaten durchbringen. Dadurch kann von verschiedenen Herren geschloffen werden, daß es nun notwendig sei, die Einkommensgrenze für die erste Klasse höher zu ziehen. Solche Möglichkeiten dürfen nicht etwa noch in der Kommission beraten werden, sondern die Reform muß sich in der Richtung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts bewegen. Ebenso wünschen wir, daß die Kommission die Frage des Frauenwahlrechts prüft. Weiter auch die Frage des Frauenwahlrechts. Wenn dieses in unserem Antrag auch nicht besonders ausgedrückt ist, so hat doch Stellung schon darauf hingewiesen, daß unter den veränderbaren Verhältnissen auch die Frauen zur Mitarbeit in der Bürgerchaft heranzuziehen seien. Es ist kein Grund dagegen angeführt worden. Die ganzen Erwerbsverhältnisse der Frauen sind anders geworden, und nach dem Kriege wird es nicht wieder wie früher sein. Die Frau hat sich in allen möglichen Erwerbszweigen bewährt, ihre Hilfe in den mancherlei Hilfs-Kommissionen ist anerkannt worden. Wollen Sie diese Hilfe hier missen? Wir können hier manchmal ihren Rat gut gebrauchen. Herr August Pape hat gemeint, ein Dreiviertelswahlrecht sei schon annehmbar. So genügt uns nicht. Wenn schon die Gleichberechtigung kommen soll, dann nicht zu drei Vierteln, sondern ganz. Was sich bewährt hat, braucht nicht mehr geändert zu werden. Falls eine Dreiviertelsberechtigung für bewährt gehalten wird,

Wer trägt die Schuld?

Erzählung von Theodor Mügge.

18. Fortsetzung.

Gewöhnlich geschah dies in größter Heiterkeit und glücklicher Laune, mit vieler lustigen Einfällen und Zügen aus dem Leben ausgehmittelt. Er nahm dabei einen Ton an, bei dem es zweifelhaft blieb, was Ernst, was Scherz, Wahrheit oder Uebertreibung in seinen Behauptungen sei. Die Herrschaft der Kristoline gab ihm zu zahllosen Spätereien Anlaß, in welche Eduard lebhaft zustimmte, allein es lag nicht in der Absicht des Doktors, seinem Freunde die Erlaubnis dazu zu geben; häufig wandte er sehr bald das Spiel, und was er bisher angegriffen, wurde von ihm nun ebenso lebhaft und mit allen Waffen verteidigt. Diese Streite wüßten die beiden Männern gewährte der jungen Frau besonderes Vergnügen. Es war nicht zu leugnen, daß der Doktor ihrem Manne in allen Arten des Gesichts überlegen war, und nicht zu verwundern, wenn Bärwald mit seinen sophistischen Querfragen, einen dreifachen Behauptungen und seinen wichtigen Einwürfen die Lächer auf seiner Seite hatte. Aber diese Lächer waren im voraus geneigt, für ihn Partei zu nehmen. Anna vergalt es mit den dankbarsten Blicken, wenn ihr Mann recht abgeschmackt erschien; der Prediger hörte wohlgefällig zu, wenn er nicht dabei mithalf, und die alte Frau in der hohen Haube nickte so befragt zu den Niederlagen ihres Sohnes, als sei es ein Werk Gottes und aller berechtigten Freunde. Die Frau Bürgermeisterin endlich sah nichts lieber, als wenn ihr Schwiegerjohn in Verwirrung geriet. Sie hatte den Doktor längst für „einen einzigen Menschen“ erklärt und wechselte mit diesem Prädikat nur ab, wenn sie ihn „reizenden Doktor“ nannte. Er hatte diese Zuneigung auch nicht umsonst erworben. Die lange bürre Frau mit dem jugendlichen Aufputz war von ihm sofort gewonnen, als er ihre Keckheit mit ihrer Lächer bewunderte. Sie grinsten ihn mit herzlichem Genugtuung an, und jetzt verging kein Tag, wo sie nicht kam, und wo er nicht irgend etwas mit einer feinen Reiztheit an ihr zu loben hatte. Sie erklärte ihn nicht allein für reizend und geistreich, sondern er war sehr bald ihr Vertrauter, dem sie offene Mitteilungen über alle ihre Lebensverhältnisse machte, dabei aber auch nicht die ihrer Mitbewerberin verschwie, sobald Bärwald über die gesamten Familien- und ehelichen Verhältnisse seines Freundes sehr vollständig unterrichtet war.

Wie weit die Frau Bürgermeisterin ihr Vertrauen ausdehnte, bewies jedoch schon nach einiger Zeit ein Vorfall, der von Einfluß auf die weiteren Ereignisse war. Eduard hatte von seiner Mutter ein Kapital, das er nötig zu haben glaubte, erhalten, allein als er Techniker anlangte und seine Einrichtungen geltend machte, wurden die Ausgaben durch Maschinen und Vermehrung der vor-

schenswert, ein weiteres Kapital aufzunehmen; doch woher sollte es kommen? Eduard hegte Bedenken, die Unterhandlungen mit seinen Verwandten zu erneuern; er wollte lieber eine schwebende Schuld durch Wechsel so lange offen halten, bis er sie nach und nach tilgen konnte; allein sein Freund widerriet ihm dies gänzlich, da solcherlei Schulden fressende Geschwüre seien, die das beste Geschäft zugrunde richten könnten.

Hat denn deine Frau kein Vermögen? fragte er, und wozu hast du denn eine reiche Schwiegermutter, wenn sie nicht bei solchen Gelegenheiten ihren Geldsack aufspan will?

Eduard schüttelte den Kopf und weigerte sich, mit der Frau Bürgermeisterin zu sprechen. Endlich reichte er dem Freunde die dahin schlagenden Vorgänge mit.

Du hast dich von Anfang an mit den beiden Damen nicht zu stellen gewünscht, sagte der Doktor.

Das ist wirklich nicht meine Schuld.

Wessen Schuld denn? Wenn sich eine Frau nicht in ihres Mannes Willen fügt, so ist dieser jedenfalls dafür verantwortlich.

Das sagst du, weil du den Eigensinn und die Launen der Frauen nicht kennst.

Weil ich die Frauen nicht kenne? antwortete der Doktor mit einem feiner strehenden Blick, während er lachte. Ich denke einige kleine Beweise für meine Kenntnis dieser liebenswürdigen Hälfte der Menschheit habe ich dir schon gegeben, denn du hast mir gesagt, daß deine Frau mit meiner geringen Beihilfe sich sehr geändert, ich will nicht sagen, gebessert habe.

Das ist wahr, und ich danke dir, erwiderte der junge Mann, aber es kam ihm doch nicht recht von Herzen und er fügte nachdenklich hinzu: Ich weiß nicht, ob dieser Zustand vorübergehend war oder wohin er sich geändert hat, allein, soviel ist gewiß, daß ich meine Schwiegermutter so wenig wie meine Frau nochmals bitten will, ihr Geld herzugeben.

Sei doch nicht töricht, lachte Bärwald, von niemandem ist leichter Geld zu bekommen, als von der Frau Bürgermeisterin. Du hast aber überhaupt keine Lage noch nicht begriffen. Man muß die Weiber zu führen wissen, wie Mephistopheles dem Schüler erklärt. Jeder Mann muß das verstehen, dazu hat man nicht nötig, Medizin zu studieren.

Wenn man aber mit unbeflegbarem Widerwillen kämpft, wenn eine eifrige Räte jeden aufkeimenden Haalm neuer Hoffnungen sofort wieder erfrieren läßt, sagte Eduard, indem er frister oder wohin er sich geändert hat, allein, soviel ist gewiß, daß ich meine Schwiegermutter so wenig wie meine Frau nochmals bitten will, ihr Geld herzugeben.

Das ist allerdings ein fataler Zustand, sagte der Doktor, und im Fall man ihn ändern kann, wird man ihn ändern. Glücklicherweise gibt es doch Mittel dagegen.

Was meinst du?

Was ich meine? Der Mittel gibt es verschiedene. Scheidung zum Beispiel. Dafür sind wir Protestanten.

Das Wort fiel wie ein Feuerball in die Seele des Aufstehenden. Er hob seinen Kopf einen Augenblick in die Höhe, und seine Augen sahen starr den Ratgeber an, aber er dachte weit über ihn fort an andere. Dann kehrte er seine Blicke wieder und murmelte trüblich: Das ist oft nicht möglich!

Wenn das der Fall ist, nun so muß man sich trösten und anderweitige Abhilfe beschaffen. Es gibt so zahllose Ehen, bei denen sich die unzufriedenen Teilnehmer auf einen respektablen Standpunkt der Freiheit und Gleichheit setzen. Verhindern Rücksichten die äußere Trennung, so gemacht jeder dem andern die ungehörte Berechtigung, glücklich zu sein, wo das Glück ihm winkt.

Aber das ist der Gipfel der Unstiftlichkeit! rief Eduard mit einer raschen Bewegung, und, indem er den Doktor, wie von einem Gedanken ergriffen, anblickte, fügte er hinzu: Das kann doch dein Ernst nicht sein!

Von meinem Ernst ist hier gar nicht die Rede, so wenig wie von dem deinen, denn wir sind beide ja nicht in solcher verzweifelter Lage. Aber wenn ich mir denke, daß ich von einer Frau gefesselt wäre, in deren Nähe ich das Gefühl einer Eschlage hätte, so würde ich, wenn ich sie ertragen müßte, doch wahrlich ihr und mir gerecht werden. Zum Teufel! sind wir denn da, um von einem Weibe uns das Leben zur Hölle machen zu lassen? Gibt es nicht anders genug, die es besser mit uns meinen? Und wenn es ihr nun ebenso geht wie uns, wenn sie an uns gekettet wurde und dasselbe Schlangengefühl sie quält, welches Recht haben wir dann, um von ihr Liebe, Treue und alle die vorzüglichen Eigenschaften zu fordern, die ihr glücklich zugewendet werden?

Er lachte auf, während Eduard schweigend über seine Stirn irrt und dann eintönig antwortete: Alles das gibt keinen Erfolg für den verlorenen häuslichen Frieden, und wenn wir nichts auf die Reklamationen geben, muß uns doch die sittliche Grundlage der Familie heilig sein.

Du bist ein Schwärmer! rief Bärwald. Ich berufe mich auf das Naturrecht, das von solchen Strapazen und Zweifeln nichts weiß. Warum soll ich nicht mit diesem Rechte in der Hand mich über alle Gesetzmacherei stellen und die Aepfel pflücken, wo sie süß und schön sind, statt kläglich fortzugehen in den wurmtätigen und sauren zu heißen, den ein klägliches Gesicht mit in den Schoß warf? Du bist ein Moralist, Eduard, und würdest wahrscheinlich wie der heilige Joseph ausweichen, wenn eine schöne Poltaphar dir entgegen käme. Um so besser, daß das Glück dich so reich brachte. Du sollst nicht begehren deines Nächsten Weib! Dies komme. Gebot schwebt dir vor. Wieviele Weiber sind herrenloses Gut, mein Freund, trotz des Ringes, den sie am Finger tragen! Wenn ein Herr es nicht vermag, seine Herrschaft zu behaupten, so hat jeder Sklave sein gutes Recht zur Freiheit, und wenn ich etwas für albern und töricht halte, so ist es das, wenn ein Mann sich darüber beklagt.

(Fortsetzung folgt.)

würde sie verweigert und die Gleichberechtigung auf den St. Min-
nerleinstag hinausgeschoben. Stimmen Sie deshalb meinem An-
forderungsantrage zu. (Zustimmung bei den Sen.)

Stellung: Es ist eigenartig, daß die heute geäußerten
Bedenken nicht vor drei Wochen erfolgt sind. Jam mindesten
könnte man erwarten, daß alle die Herren, die im Bürgerausschuß
und heute ihre Bedenken geäußert haben, auch hier ihre Meinung
damals zum Ausdruck gebracht hätten. Die Gründe kann man
mir erraten. Ich muß auch meine Bewunderung darüber aus-
drücken, wie schon von Löwigt angeführt, daß im Bürgerausschuß
von einem Herrn in einer so herabsetzenden Art und Weise die
damalige Bürgerrechtsmehrheit behandelt worden ist. Es ist
deshalb charakteristisch, weil es den Anschein erweckt, daß bei Ab-
stimmungen die Mehrheit kaum wisse, was sie tut. Nun liegt es
an den Herren, die im Bürgerausschuß so hingestellt worden sind,
zu zeigen, daß sie doch wissen, was sie tun und festhalten, was sie
ihm Mehrheit beschloßen haben. Herr Senator Dr. Neumann
wünscht unter keinen Umständen, daß der Kommission eine be-
stimmte Majorität gegeben werden soll. Mein Freund Löwigt
hat schon darauf hingewiesen, wie notwendig es ist, der Kom-
mission die Form des Systems, die ihr bei der Beratung über
die Wahlrechtsänderung als Grundlage dienen soll, mit auf den
Weg zu geben. Es ist möglich, daß eine Verbesserung, mög-
lich aber auch, daß eine Verschlechterung eintritt.
In Bremen und Hamburg ist man anders vorgegangen. In
Bremen ist ein Wort in dem Antrag enthalten, das ausdrückt,
die Reform soll zeitgemäß sein. Hier ist lediglich von einer
Änderung des Wahlrechts die Rede. Ich meine, die ganzen Zu-
stände müßten uns zwingen, klar zu sagen, was wir wollen. Dies
habe ich schon bei der letzten Beratung zum Ausdruck gebracht.
Dann müssen Sie aber auch den Senatsantrag mit der vorge-
schlagenen Änderung annehmen. Der Vorteil, der hierin liegt,
ist außerordentlich groß. Dem Senat und der Kommission ist
dadurch Gelegenheit gegeben, nunmehr auf bestimmter Grund-
lage und schnell zu arbeiten. Man kann sich ja die Arbeit einer
gemeinsamen Kommission vorstellen. Alle möglichen Systeme
werden erörtert, es wird erwogen, ob ein Ständewahlrecht, ob
dieses oder jenes Wahlrecht am Platze ist. Unterkommissionen
werden gebildet, jedoch die Kommission dann vielleicht ein paar
Jahre berätet. Das wollen wir nicht. Es liegt in aller Inter-
esse, daß sobald als möglich eine Wahlrechtsänderung vorgenom-
men wird, weil Sie doch den Kriegern nicht nur Worte, sondern
Taten zeigen wollen als Anerkennung für das, was sie für uns
geleistet haben. Herr Senator Dr. Neumann sagte, ja dann brä-
ngen wir keine Kommissionsarbeit. Die Arbeit der gemeinsamen
Kommission ist aber nicht überflüssig, wenn Sie dem Abände-
rungsantrag zustimmen. Daß Herr Dr. Benda uns nicht zu-
stimmen würde, war mir von Anfang an klar. Ich bin mir auch
klar darüber, daß er das häufig gebrauchte Wort „Schlagwort“
wieder anwandte. Denn manchmal, wo die Begriffe fehlen, stellt
zu rechter Zeit ein Wort sich ein. Wofür wir kämp-
fen, wird hingestellt als Schlagwort, aber wir treiben ein für eine
bestimmte ideale Forderung, nicht für Schlagworte. Nun zu
Herrn Thiel. Die Äußerung vom Herrn im Hause ist feinerzeit
von ihm gefallen. Er hat auch heute bestätigt, was er damals
gesagt hat und durch seine Ausführungen den Beweis hierfür er-
bracht. Das heutige Wahlrecht wurde lediglich aus Angst vor
der Sozialdemokratie eingeführt. Herr Thiel ließ sich ein kleines
Schuß, indem er sagte, damals sei das Reichstagswahlrecht von
uns gefordert worden, heute nur das allgemeine gleiche Wahl-
recht auf der Grundlage des Verhältniswahlrechts. Das Ver-
hältniswahlrecht ist eine alte Forderung der sozialdemokratischen
Partei, es wurde schon 1875 auf dem Einigungskongreß in
Göttingen gefordert und später in Erfurt erneuert. Die Einführung
des allgemeinen gleichen geheimen und direkten Wahlrechts auf
der Grundlage der Verhältniswahl wurde nicht nur für das
Reich gefordert, sondern auch für die Einzelstaaten und ist auch
eine Forderung der höchsten Sozialdemokratie. Einen etwas
weniger hohen Begehr hatte die Einführung des Verdienstes
der Arbeiter, denen auch beim sogenannten Kriegsgewinn der
Verdienst nicht vorenthalten sei. Wir alle haben den schärfsten
Wunsch, daß der Krieg möglichst der Teuerung bald verständig
und daß bald andere Zeiten kommen. Angehört der Teuerung
und die Löhne nicht hoch und gewaltig, darauf brauche ich nicht
näher einzugehen. Vor 10 Jahren hätte man zu uns kein Ver-
trauen, jetzt hat man es bekommen, da wir unsere Pflicht getan
haben. Wir haben aber immer gesagt, daß wir zum Vaterlande
gehen, und um dieses zu beweisen, hat es bei Ihnen erst des
schrecklichen Krieges bedurft. Der Seltsamkeit des selbstverleu-
denden zweiten Vorführers über die Internationale bedarf es nicht,
mit wem ich, was wir wollen. Wir werden unsern Zielen
und den Ideen, denen wir zutreiben, vorarbeiten und die Auf-
gaben erfüllen, die uns gestellt worden sind. Ich hätte gewünscht,
daß man von Seiten des Senats nun doch in deutlicher Form zum
Ausdruck gebracht hätte, was man denn eigentlich will. Man
kann vielleicht daraus, daß er der Befreiung des Klassenwahl-

rechts nicht entgegensteht, eine Hoffnung schöpfen, die in Er-
füllung geht. Zweidrittel wäre es, wenn man von Seiten des
Senats mit offener Stirn kämpfte und erklärte, wir sind be-
reit, das Klassenwahlrecht zu beiseiten. Wenn der Senat dieser
Aufassung ist, dann kann ich nicht verstehen, warum man gegen
den Änderungsantrag Einspruch erhebt. Halten Sie am Re-
sultat der vorigen Abstimmung fest und nehmen Sie den Senats-
antrag mit der Änderung von Löwigt an. Sie zeigen damit,
daß Sie gemüht haben, was sie bei der vorigen Abstimmung
taten und geben den Herren, der jene Worte gebraucht hat, die
einzig richtige Antwort. (Wohlfall bei den Sozialdemokraten.)
Senator Dr. Neumann ist der Meinung, daß die Stellung
des Senats im allgemeinen schon gekennzeichnet sei. Selbstver-
ständlich möchte der Senat den Zeitverhältnissen Rechnung tragen,
wie bei allen Anträgen, die er stellt. Aber ein Ergebnis im
voraus könnte er nicht in Aussicht stellen.
Dimpler hält den vorgeschlagenen Weg für den richtigen
und ersucht um Annahme des Senatsantrages. Man sehe sich
dadurch nicht in Gegensatz zu der vorigen Abstimmung, über die
er übrigens überhaupt gemessen sei, weil sie das Gegenteil von
dem ergeben habe, was man vorher beschloßen habe. Die gemein-
same Kommission habe ja nur Vorschläge entgegenzubringen, und
dann erst sei es Zeit, große Reden zu halten.
Herr Pape verteidigt die Abstimmung in der vorigen Bür-
gerschaftssitzung und betont, daß man selbstverständlich für das
allgemeine und gleiche Wahlrecht eintreten müsse, daß man aber,
wenn es nicht anders gehe, gewisse Kautelen in Kauf nehmen
könne. Es wäre sehr zu bedauern, wenn der Antrag des Senats
und der Änderungsantrag Löwigt abgelehnt würden.
Schimann ist der Meinung, daß ein Bürgerrechtsantrag
nur abgeändert werden dürfe, wenn durchschlagende Gründe da-
gegen vorgebracht werden. Da dies nicht der Fall sei, trete er für
den Löwigtischen Zusatzantrag ein. Es könne nichts schaden, wenn
der Kommission eine Richtschnur gegeben werde, allerdings sei
die Form des Änderungsantrages nicht glücklich gewählt. Die
Wahlrechtsbedingungen müßten gleichgestellt werden, wodurch man
freilich nicht festlege, daß keine Ausnahmen zugelassen seien. Der
großen Zeit solle man Rechnung tragen.
Senator Dr. Neumann erinnert den Vorsitzenden daran, daß
bei einem gleichen Wahlrecht ein Pluralwahlrecht nicht möglich
sei. Ebenso sei das Dreiviertelwahlrecht, wie Herr Pape an-
führte, mit dem gleichen Wahlrecht nicht zu vereinbaren, woraus
sich ergebe, daß die Kommission mit dem Änderungsantrag
Löwigt nicht belastet werden dürfe.
Dr. Benda erklärt den Gebrauch des politischen „Schlag-
wortes“, bei dem sich jeder etwas anderes denke. So verhalte es
sich auch bei dem Schlagwort „allgemeines gleiches Wahlrecht“.
Einzuführen gegen eine politische Partei habe er mit
diesem Ausdruck nicht beabsichtigt. Die Bürgerschaft würde mit
der Annahme des Antrages Löwigt einen unglücklichen Beschluß
fassen und die Kommission binden.
Herr Pape sieht eine Befreiung der Kommission nicht ge-
geben, wohl aber seien ihr gewisse Richtlinien gewiesen. Lehnen
Sie den Antrag ab, befindet die Bürgerschaft, daß sie eine der-
artige Wahlrechtsänderung gar nicht will.
Schimann glaubt nicht, daß sich die Bürgerschaft durch
den Löwigtischen Antrag binden. Wollen Sie der großen Zeit
Rechnung tragen, können Sie gar nicht anders handeln.
Der Änderungsantrag Löwigt wird abgelehnt,
der Senatsantrag angenommen. Auch der Antrag Stellung
wird abgelehnt.
2. Antrag: Nachbewilligung auf die budgetmäßigen Aus-
gaben der Strafanstalt Lauerhof im Rechnungsjahre 1915.
3. Antrag: Verstärkung der budgetmäßigen Mittel der Straf-
anstalt Lauerhof im Rechnungsjahre 1916.
4. Antrag: Änderung des Gesetzes vom 14. November 1906,
die Zuschläge zur Körperschaftsteuer und die Erbschaftsabgabe
betreffend.
Diese Anträge werden debattelos angenommen.
5. Antrag: Erlaß einer neuen Verordnung, betreffend Er-
hebung einer Kurtaxe im Stadtteil Ruzort und Seebad Travemünde.
Hinfeldern bedauert, daß der notwendige Ausbau des
Bändener Ufers aufgehoben werden muß. Es brädele immer
mehr ab und bedürfe aller Aufmerksamkeit durch neue Bürger-
schaftsberatung.
Senator Dr. Fehling: Der Senat hat es nicht daran
fehlen lassen, von der Militärbehörde die Erlaubnis zum Bau zu
erhalten; es ist ihm leider nicht gelungen.
Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit ange-
nommen.
6. Antrag: Verstärkung der Mittel für die Herstellung von
Industriehäusern.
Wird nach kurzer Debatte, an der sich Dr. Fiehl, Scheit-
ler, Thiers und Senator Dr. Staafs beteiligten, mit Zwei-
drittelmehrheit angenommen.

7. Antrag: Feststellung der Höhegrenze am Ausfluß des
Mafentig aus dem Kageburger See.
8. Antrag: Bekämpfung der der Seeschiffe im Hansa-
plan für das Jahr 1916 zur Verfügung gestellten Mittel.
9. Antrag: Erstattung einer Oberkontrollrechnung für die
Reichssteuerkasse bei dem Lübeckischen Hauptzollamt.
10. Antrag: Nachbewilligung von Mehrausgaben im Rech-
nungsjahre 1915.
Diese Anträge werden debattelos angenommen.
11. Antrag: Gewährung eines Rahngelohls an den Tischler
der Lübecker Straßenbahn Daniel Kahl.
Thiel wünscht für die Schaffnerinnen der Straßenbahn
Klappische angebracht.
Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit ange-
nommen.
12. Antrag: Bewilligung einer staatsseitigen Beihilfe an die
Kirchengemeinde Schluß.
13. Antrag: Sachverständigen-Honorar in Eisenbahnange-
legenheiten.
14. Antrag: Erweiterung des Siechenhauses.
15. Antrag: Verstärkung der budgetmäßigen Ausgaben der
Betriebsbehörde im Rechnungsjahre 1916.
16. Antrag: Verstärkung der budgetmäßigen Mittel der
Hollentast Straßengasse für das Rechnungsjahr 1916.
Diese Anträge werden ohne Debatte angenommen.
Schluß 9 Uhr 5 Min.

Aus Nah und Fern.

Verhaftung eines Berliner Profkartendiebers. Die Ber-
liner Polizei verhaftete den 24 Jahre alten Rutscher Joseph
Engel, der als Spezialist den Einbruch bei Brotkoma-
missionen und Schlächtereien betrieb. Engel stahl
fürlich einer Kommission 8000 Brotarten und verkaufte sie für
10 000 Mk.
Sechs Berliner Mehlschieber verhaftet. Berliner Morgen-
blätter berichten aus der Reichshauptstadt: Der Händler Ger-
mann Wille überredete den früheren Fürsorgezögling Bruno
Müller, in einem händischen Mehlschieber Arbeit zu nehmen und
für ihn Mehl zu stehlen. Müller war dazu bereit und gewann
noch vier dort angeheulte Rutscher für den Plan. Die Rutscher
luden mehr Mehl, als ihnen zustand, auf ihre Wagen und fuhren
damit vor ein Lokal. Während sie dort frühstückten, lud Wille
einen oder mehrere Säcke Mehl auf sein Fuhrwerk. Er zahlte
für jeden Sack 100 Mark und verkaufte ihn sofort für 200 Mark.
Es gelang ihm, die Schiebung aufzudecken und Wille, Müller
sowie die vier Rutscher zu verhaften.
2 Kinder ertrunken. Aus Danzig wird gemeldet: Auf der
Weichsel erfolgte ein Zusammenstoß zwischen einem Motorboot
und einem Schlepper. Von den 15 Insassen des Motorbootes,
das geranken ist, ertranken zwei Kinder.
Mit selbstgekochtem Kuchen vergiftet. Infolge des Ge-
nusses von selbstgekochtem Kuchen ist eine ganze Familie in
Griesheim bei Frankfurt a. M. unter schweren Vergiftungs-
erscheinungen erkrankt und zwar die Frau, Tochter und Enkel
des Händlers Becker. Die Frau ist der Vergiftung bereits er-
legen, während Tochter und Enkel schwer darniederliegen. Die
Ursache der Vergiftung wird auf nicht einwandfreies Backpulver
und Cupulver zurückgeführt, das zur Herstellung des Kuchens Ver-
wendung gefunden hatte.
Schweres Explosionsunglück. Wie die „Kölnische Zeitung“
meldet, ereignete sich in der Nacht zum Montag in Troisdorf
eine Ätherexplosion, der zehn Menschenleben zum
Opfer fielen. Außerdem wurden vier Arbeiterinnen verletzt.
Der Profkartendiebstahl in Sachsen. Die Dresdner Kriminal-
polizei hob in der sächsischen Hauptstadt fünf Profkartens-
fabriken auf. — In Meissen wurde eine Anzahl Fälscher und
Profkartendiebstahl verhaftet.
Dreizehn Personen ertrunken. Eine Gesellschaft von Ar-
beitern der Pulverfabrik in Mündschmünder (Oberbayern) wollte
eine Kahnfahrt machen. Infolge hohen Wasserstandes der Donau
kenterte der Kahn. Dreizehn Personen, darunter fünf
weibliche, ertranken. Vier Männer und der Schiffer wurden
gerettet.
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Lübeck
Am 1. Juni d. J. tritt unter
Sommerferien in Kraft. Der-
selbe ist vom 26. d. Mts. ab bei
vielerlei Fahrkarten-Ausgabe-
stellen käuflich zu beziehen.
Lübeck, den 19. Mai 1917.
Die Direktion
der Lübeck-Güterbahn-
Gesellschaft.
Komitee- und
Kommissionssitzungen
D. T. V.
Vorstandssitzung
am Mittwoch, d. 23. Mai
abends 8 Uhr
im Bureau.
Der Vorstand.

Für die vielen Gratulationen
und Geschenke zu unserer
silbernen Hochzeit sagen
besten Dank.
F. Steen und Frau
geb. Bräsen.
Lübeck, im Mai 1917.

Sozialdemokrat. Verein
Lübeck.
Am Sonnabend verlor
unser Genosse
Frieda verw. Wackendorf
am 17. d. Mts. ein
ehrenvolles Leben.
Die Beerdigung erfolgt
am Donnerstag, den 24.
Mai, nachmittags 4 Uhr,
auf dem Friedhof Fried-
hof bei.
Die Mitglieder verlan-
gen sich bis 9 1/2 Uhr beim
„Weißen Hirsch“.
914 Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiterverband**
Verwaltungsstelle Lübeck.
Am 19. Mai starb unser
treues Mitglied
Frieda Wackendorf.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet
am Donnerstag, dem 24.
Mai, nachmittags 4 Uhr,
auf dem Friedhof Fried-
hof bei.
Die Mitglieder verlan-
gen sich bis 9 1/2 Uhr beim
„Weißen Hirsch“.
914 Die Ortsverwaltung.
Danksagung!
Für die Kranzspenden
beim Ableben unseres lie-
ben Sohnes danken herz-
lichst
Wilhelm Neumann u. Frau.

Magermilchverteilung
am 23. Mai
(mit Vorbehalt der Verbrauchs-
fähigkeit)
an sämtliche magermilchbezugs-
berechtigte Haushaltungen in
Lübeck.
Quartverteilung.
Dank (Schicht) zum Auf-
bruch in allen Säcken des Bäckers,
Stück- und Käseverteilung,
liefert der Senat recht. Keine
an sämtliche magermilchbezugs-
berechtigte Haushaltungen kann
Anspruch geltend.
Hansa-Meierei u. m. b. H.

Die
Kühlhaus Lübeck Aktiengesellschaft
Lübeck, Telephon 8960
empfehlte sich dem hiesigen Publikum zur täglichen Lieferung von
Kunsteis
zu nachstehenden Preisen:
Nr. 1 tägliche Lieferung von mindestens 5 Pfd. per Monat Mk. 10.—
" 2 " " " " " " " " " " " " 15.—
" 3 " " " " " " " " " " " " 17.50
" 4 " " " " " " " " " " " " 20.—
" 5 " " " " " " " " " " " " 22.50
(Bezugszeit der täglichen Lieferungen wenigstens 3 Monate)
und gibt ihrer geehrten Kundschaft hiermit bekannt, daß die täglichen
Lieferungen am
1. Juni
beginnen.
Die Direktion.

**Gewandte
Näherin**
für feine Wäsche
gesucht. (907)
HOLSTENHAUS
G. m. b. H., Lübeck.

Serienwanderungen
Dienstag, den 29. Mai:
Wahlwien (1/2 Tag) . . . 4 0 10
Mittwoch, den 30. Mai:
Oldesloe-Bargteiche . . . 4 0 50
Teilnehmerkarten für Schüler
und Schülerinnen über 11 Jahre
sind zu haben bei E. Krüger,
Schulstr. 12 a. W. Rein, Mühlent-
straße 75, K. Sahlmann, Gederber-
straße 33 O. Wessel, Schömlinger
Allee 4a und beim Schulwärter
Dietrich 69.
Schluß des Kartenerkaufs
vier Tage vor der Wanderung.

Das Grundübel.
Separatdruck von fünf
Ankern aus der Dort-
munder „Arbeiter-Zeitung“
in der sie im Monat Juli
1916 erschienen sind.
Von A. Gerisch.
— Preis 15 Pfg. —
Zu haben:
Buchhandl. Fr. Meyer & Co.

Filz- u. Strohhüte
für Herren und Knaben.
Trotz Knappheit des Materials. Solide Preise.
Herren- und Knaben-Mützen
Militärmützen.
Eduard Hirsekorn
Sandstrasse 20.